Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Leipzig 21366. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 278. **Montag, 29. November 1920, abends.** **73. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postschalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 10% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 30 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Zigarrenhändlers **Wilhelm Willy Eller** in **Riesa** ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf

den 28. Dezember 1920, vormittags 10 Uhr

vor dem **Amtsgerichte Riesa** anberaumt worden.

Amtsgericht Riesa, den 27. November 1920.

Viehzählung betreffend.

Am 1. Dezember 1920 findet wieder eine Viehzählung statt. Sie erstreckt sich auf **Pferde, Rinder, Schafe, Schweine, Ziegen, Federvieh und Kaninchen.**

Mit Rücksicht auf die hier herrschende Maul- und Klauenseuche und, da das hiesige Stadtgebiet als Sperrgebiet erklärt ist, kann jedoch diesmal, um der Gefahr einer Verschleppung der Maul- und Klauenseuche vorzubeugen, die Zählung nicht durch Umfrage bei den hiesigen Viehbesitzern erfolgen. Wir sind vielmehr gezwungen, die Zählungen auf Grund der Angaben der einzelnen Viehbesitzer an Ratsstelle vorzunehmen. Zu diesem Zwecke haben Besitzer von Tieren der vorgenannten Art oder von ihnen beauftragte und über ihren Viehbestand genügend unterrichtete Personen, **jedoch mit Ausnahme derjenigen Tierhalter, bei denen zur Zeit die Maul- und Klauenseuche herrscht,** die Angaben am

Mittwoch, den 1. Dezember 1920, vormittags zwischen 8 und 12 Uhr

im hiesigen Rathaus zu machen.

Das Stadtgebiet ist zu diesem Zwecke in mehrere Bezirke eingeteilt worden, wobei die Brotkartenausgabe-Bezirken Gründe gelegt worden sind. Es haben daher Tierhalter ihre Anzeigen zu erstatten, die ihre Brotkarten erhalten im Bezirk

Hotel zum Stern, Polizeiwache, Hotel Kronprinz und Knabenschule
in der Polizeiwache,
Herberge zur Heimat und Gute Quelle
im Rathaus, Zimmer Nr. 2,
Elbterrasse und Dampfbad
im Rathaus, Zimmer Nr. 5, und
Hotel Stadt Dresden und Hotel Deutsches Haus
im Rathaus, 1 Treppe, Vorzimmer.

Tierhalter, bei denen zur Zeit die Maul- und Klauenseuche herrscht, haben die von ihnen über ihren Viehbestand erforderlichen Angaben am selben Tage, nachmittags 2—5 Uhr, im Rathaus, Zimmer Nr. 5, zu erstatten.

Wir machen hierbei darauf aufmerksam, daß, wer vorsätzlich die erforderliche Anzeige nicht erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft und Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil dem Staate verfallen erklärt werden kann.

Der Rat der Stadt Riesa, am 27. November 1920. Ham.

Dienstag, 30. November, abends 8 Uhr **öffentliche Schulvorstandssitzung** im Gasthof Seydewitz. Tagesordnung hängt aus.

Weida bei Riesa, am 29. November 1920. **Der Schulvorstand.**

Deutscher Reichstag.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 11¹⁰ Uhr vormittags.

Der Berliner Elektrizitätsarbeiterstreik.

Die Aussprache über die Deutschnationale Interpellation und den damit verbundenen Antrag auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten gegen die wilden Streiks wird fortgesetzt.

Abg. **Albrecht** (D. V.):

Der Berliner Elektrizitätsarbeiterstreik war ein wilder Streik, der durch eine Minderheit der Mehrheit aufgezwungen worden und war vereinigt mit dem Streik der lebenswichtigen Betriebe. Herrn Brühls Loblied auf Herrn Wermuth scheint mehr als ein Schwanengesang gewesen zu sein. Der Berliner Magistrat hat sich seiner Aufgaben nicht gewachsen gezeigt. Als Abwehrmaßnahmen gegen diese wilden Streiks erscheint in erster Linie der Selbstschutz der Mehrheit notwendig. Genügt das nicht, dann muß der Schutz der Arbeitswilligen einsetzen. Wir verlangen rücksichtslos die Bestrafung radikaler Führer. Die Verordnung vom 11. November darf nur durch ein Schlichtungsgesetz aufgelöst werden.

Abg. **Malzahn** (Unabh. links):

Die Rechtssozialdemokraten und die Rechtsunabhängigen sind den Streikenden in den Rücken gefallen (Zurufe: Mit Recht). 32 Arbeiter sind gemaßregelt worden. Wird das nicht zurückgenommen, so werden wir die Arbeiter wieder zur Solidarität aufrufen. (Unruhe).

Reichskommissar **Günther:**

Es ist der Technischen Nothilfe trotz aller Schwierigkeiten gelungen, die Sabotageakte im Moabiter Kraftwerk bis zum Morgen zu beseitigen. Jugendliche unter 18 Jahren werden in die Technische Nothilfe nicht aufgenommen.

Abg. **Lawerenz** (Dntl.):

Wir billigen die Ausführungen der Regierung. Sylt hätte man in seiner gemeingefährlichen Tätigkeit lahmlegen müssen. Seit dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes sind die Gewerkschaften leider radikaler geworden.

Abg. **Weigand** (Soz.):

Wir billigen die Verordnung der Regierung, weil durch den Streik große Menschenmengen in Gefahr gebracht wurden, aber heute ist die Gefahr nicht mehr vorhanden, und deshalb muß die Verordnung aufgehoben werden.

Abg. **Moses** (Unabh. rechts)

verteidigt die Elektrizitätsarbeiter. Mit dem Hungerlohn von 19 000 Mark (Gelächter) können sie nicht auskommen. Die Philosophie der Satten will den Hungrigen nicht einleuchten. Der Rücktritt Wermuths bedeutet wahrlich einen Wermuthtropfen in den Leidensbecher des Proletariats.

Damit ist die Interpellation erledigt. Die Abstimmung über die Anträge auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten wird am Dienstag stattfinden.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Schluß ¼3 Uhr.

Die Volksabstimmung in Oberschlesien.

Der Londoner Sonderberichterstatter der Agence Havas" meldet, daß Sonnabend über die Volksabstimmung in Oberschlesien verhandelt wurde. Um den Ungelegenheiten zu entgehen, die die Zurreise von vielen außerhalb des Volksabstimmungsbezirks Wohnenden am Tage der Volksabstimmung haben könnte, seien zwei Vorschläge gemacht worden. Nach dem einen sollen die außerhalb des Abstimmungsbezirks Wohnenden nicht am gleichen Tage wie die Bevölkerung von Oberschlesien abstimmen. Nach dem anderen Vorschlag sollen die außerhalb Oberschlesiens Wohnenden außerhalb des Abstimmungsbezirks, aber in der Besetzungszone, etwa in Köln, abstimmen. Zu dieser Lösung bemerkt der Berichterstatter der „Agence Havas", sie stelle die Freiheit des Abstimmungsrechts und gleichzeitig die Aufrechterhaltung der Ordnung sicher. Es sei beschlossen worden, den letzten Vorschlag Polen und Deutschland zur Annahme zu unterbreiten. Werde er abgelehnt, so werde man die andere Lösung zur Anwendung bringen.

Antrag auf Ausweisung Korfantys.

Der deutsche Plebiszitkommissar in Oberschlesien, Dr. Urbanek, hat am Sonnabend an die interalliierte Kommission in Oppeln den Antrag gerichtet, den polnischen Abstimmungskommissar Wojciech Korfanty aus dem Abstimmungsgebiet auszuweisen. Dr. Urbanek weist in seinem Antrag auf die Anlage zum Artikel 88 des Friedensvertrages hin, in der es im § 3 u. a. heißt:

„Der Ausschuß hat insbesondere die Ausweisung jeder Person zu verfügen, die irgendwie das Ergebnis der Volksabstimmung durch Bestechung oder Einschüchterungsmaßnahmen zu fälschen versucht."

Der deutsche Plebiszitkommissar begründet seinen Antrag mit der aufreizenden Rede, die Herr Korfanty am 23. November 1920 im Hotel Baginsky in Rosenberg gehalten hat. Ein Bericht über die Rede ist dem Antrag beigefügt. Dr. Urbanek ist bereit, mehrere Ohrenzeugen, die die Rede Korfantys angehört haben, zu benennen. Die Ohrenzeugen sind Oberschlesier, der polnischen Sprache vollkommen mächtig, glaubwürdig und zuverlässig. Von Seiten des deutschen Plebiszitkommissariats wird gebeten, sämtliche Zeugen gleich endlich zu vernehmen, die interalliierte Kommission wird aber weiter ersucht, bei Benennung der Zeugen die Zusicherung abzugeben, daß diese Personen des besonderen Schutzes der hohen interalliierten Kommission sicher sind.

Jouhaux über seinen Besuch im Ruhrgebiet.

Auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß in London erstattete Jouhaux-Frankreich im Namen der Delegation, die das Ruhrgebiet besucht hat, Bericht. Er erklärte, die Alliierten hätten keinen Anlaß, dieses Gebiet zu besetzen. Es sei die Pflicht der deutschen Arbeiterschaft, sich einer Besetzung der Alliierten durch Produktionsverweigerung zu widersetzen, und die Pflicht der C. G. T., den deutschen Arbeitern zu helfen. Der deutsche Delegierte Legien sprach über die Schwierigkeiten für die Arbeiter des Ruhrgebietes, infolge des Lebensmittelmangels und der ihnen durch den Vertrag auferlegten Beschränkungen die Vertragsbestimmungen durchzuführen. Thomas sprach sein Bedauern darüber aus, daß Frankreich anscheinend fest entschlossen sei, imperialistischen Regungen zu folgen. Er erklärte, wenn die deutschen Kameraden ihren Verpflichtungen nachkommen, sei es die Pflicht der organisierten Arbeiterbewegung der Welt, ihnen zu helfen.

Kundgebung für das Deutschtum.

Zu einer machtvollen Kundgebung für das Deutschtum gestaltete sich am Sonntag mittag ein Konzert des Meistersschen Gesangvereins aus Kattowitz unter Leitung des Professors Fritz Lubrich im überfüllten Marmorsaal des Zoologischen Gartens in Berlin. Die Feier wurde mit einer Ansprache des ehemaligen Kattowitzer Oberbürgermeisters Pohlmann eröffnet, der den aus 190 Mitgliedern bestehenden Gesangverein begrüßte und ihm für seine Rundreise durch Deutschland den besten Erfolg wünschte. Nach einigen Vorträgen nahm Reichskanzler Fehrenbach das Wort, der den Verein als einen starken Vermittler des deutschen Einheitsgedankens feierte. Zum Schluß seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede gab er der Hoffnung Ausdruck, daß der Liebesbund zwischen Deutschland und Oberschlesien auf ewig bestehen bleiben werde.

Die Feier fand ihr Ende mit dem Treugelöbnis, am Abstimmungstage für Deutsch-Oberschlesien mit aller Macht einzutreten.

Englands Auffassung der griechischen Angelegenheit.

Wie der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris" meldet, hat Curzon am Freitag der französischen Delegation eine Note überreicht, in der die englische Auffassung der griechischen Angelegenheit und der Orientfrage dargelegt wird. Sie gehe dahin, daß die Türkei das Verlorene nicht wiedererlangen dürfe, und daß für die alliierten Mächte eine Sicherheit darin gesucht werden müsse, daß die Personen, die mit der Politik Konstantins in den engsten Beziehungen gestanden hätten, wie Dusmanis, Metaxas und Papulos von der Regierung ferngehalten würden. Außerdem sei erforderlich, daß eine finanzielle und politische Kontrolle über die griechische Regierung ausgeübt werde. Zur Erreichung dieses Ergebnisses wolle Lloyd George den griechischen Ministerpräsidenten Rhallis nach London kommen lassen. Das englische Memorandum soll am Montag besprochen werden. Wie der Berichterstatter des „Echo de Paris" erklärt, verstehe es sich von selbst, daß Frankreich von vornherein seinen Widerspruch gegen Curzons Ausführungen festgelegt habe.

Die Besprechungen in London.

Die erste Unterredung zwischen Lloyd George und Leygues fand Sonnabend nachmittag statt. Die nächste Unterredung sollte gestern nachmittag stattfinden. Ministerpräsident Leygues erklärte französischen Journalisten gegenüber, man habe nicht nur die griechische und Orientfrage behandelt, sondern auch andere die beiden Länder berührende Probleme. Man sei aber über einen allgemeinen Meinungsaustausch nicht hinausgekommen. — Nach einer Havasmeldung aus London hat Ministerpräsident Leygues eine Erklärung an das englische Volk gerichtet, in der er zum Ausdruck bringt, daß er stets ein entschlossener Anhänger der engsten Zusammenarbeit Großbritanniens mit Frankreich gewesen sei. Der Krieg habe bewiesen, daß diese Entente für die endgültige Wiederherstellung des Friedenszustandes unerläßlich sei, aber auch für die Aufrechterhaltung der Gerechtigkeit und der Freiheit der Welt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Aufenthalt des bayerischen Ministerpräsidenten in Berlin. Amtlich wird aus Berlin gemeldet: Der zweitägige Aufenthalt des bayerischen Ministerpräsidenten von Kahr in Berlin war eingehenden Besprechungen über die bayerischen Einwohnerwehren gewidmet. Am Donnerstag hatte Herr von Kahr eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten, der sich Konferenzen mit dem Reichskanzler und dem Reichsminister des Auswärtigen anschlossen. Am Freitag folgte eine Beratung zwischen Herrn von Kahr und den beteiligten Reichsministern, zu der außer einigen weiteren Mitgliedern der bayerischen Regierung auch der Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung und der vorübergehend in Berlin anwesende Botschafter Mayer hinzugezogen wurden. Ueber das Ergebnis der verschiedenen Besprechungen kann mitgeteilt werden, daß Ministerpräsident von Kahr die Durchführung des Entwaffnungsgesetzes und die Erfüllung der in Spa übernommenen Verpflichtungen auch für Bayern als notwendiges Ziel anerkennt und nur, was die für die Entwaffnungsmaßnahmen zu bestimmenden Zeiten angeht, eine Berücksichtigung der besonderen bayerischen Verhältnisse für unumgänglich erachtet. Während seines Aufenthalts in Berlin hat der bayerische Ministerpräsident auch den Vorsitzenden der interalliierten Kontrollkommission, General Nollet, aufgesucht und ihn über den Stand der Einwohnerwehrfrage informiert. General Nollet hat diese Mitteilungen zur Kenntnis genommen. Herr von Kahr hatte ferner Gelegenheit, auch dem hiesigen britischen Botschafter Aufklärungen über die Einwohnerwehren in Bayern zu geben.

In der Ablieferung der Wiedergutmachungskohle sind in der letzten Zeit Schwierigkeiten eingetreten, weil der Rheinwasserstand auf ein seit Jahrzehnten nicht mehr beobachtetes Maß zurückgegangen ist. Die Gefahr ist in greifbare Nähe gerückt, daß die Verladungen nach dem Oberrhein ganz eingestellt werden müssen. Schon jetzt sind einige Oberrheinhäfen ganz ausgeschaltet, andere in ihren Leistungen außerordentlich gesunken. Um die drohende Folge der Nichterfüllung des Spa-Abkommens abzuwenden, mußten die bisher auf dem Wasser liegenden Wiedergutmachungstransporte zu einem großen Teil auf die Eisenbahn umgelegt werden. Empfindlicher Wagenmangel und die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Schäden sind die Folge. Süddeutschlands Kohlenversorgung wird nur noch unter den größten Anstrengungen aufrechterhalten. Die deutschen Bemühungen, trotz allem die Ententeforderungen zu befriedigen, stoßen dabei auf die weitere Schwierigkeit, daß die belgischen und französischen Bahnen zur Abnahme der erhöhten Bahnfrachten gar nicht in der Lage sind. Alle Vorstellungen bei der Entente, dadurch die Erfüllung des Spa-Abkommens zu ermöglichen, daß die Wiedergutmachungskohle, wie der Friedensvertrag es vorsieht, zum Teil auch über deutsche Seehäfen geliefert werden darf, waren bis jetzt erfolglos. Auch die Bemühungen, für die Bahntransporte nach Frankreich ausreichende Mengen französischen Wagenmaterials zu erhalten, hatten nur einen ganz unbedeutenden Erfolg. Die langen Wege, die deutsche, mit Kohle beladene Wagen in Frankreich und Belgien zurücklegen müssen, sind auch nicht annähernd ausgeglichen durch Zurverfügungstellung einer entsprechenden Zahl fremder Wagen. Bei dieser Sachlage wäre es möglich, daß am Monatsende die Zweimillionen-Tonnenlieferung mit einem Fehlbetrag abschließt.

Deutsche Oelgewinnung aus Schiefer. Das Schiefergestein des Juragebirges, das über 6% Oelgehalt besitzt, wird jetzt durch große Fabrikanlagen ausgenützt werden. Wie in der „Umschau" berichtet wird, entstehen in Oberfranken in der Gegend von Bayreuth umfangreiche Anlagen, in denen das Schieferöl gewonnen und durch Destillation in seine einzelnen Bestandteile zerlegt wird. Früher rentierte sich diese Art der Oelgewinnung nicht, da die Kosten im Vergleich zu dem billigen amerikanischen und russischen